

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 7/17

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Zwischen NRW- und Bundestags-Wahlen trügerische Windstille?!

Ohne Deutschland keine EU, ohne NRW kein funktionierendes Deutschland und ohne Lösungen für die schwere Ruhrgebietskrise wird NRW zum "Griechenland Deutschlands" (Spiegel). Außer einer Ruhrgebietskonferenz irgendwann hat auch die neue CDU/FDP- Regierung von NRW bisher dazu nichts auf dem Schirm. Dabei brennt es!

Wenige ausgesuchte Alarmsignale nur der letzten Tage

Wer morgens über die Schlossbrücke zur Mülheimer Innenstadt kommt, sieht mitunter lange Schlangen auf der Leineweberstr. vor dem Eingang der ehemaligen Commerzbank. Dort hat die Stadt Mülheim den Leerstand seit Mai angemietet für Ausländer- und Veterinäramt. Doch ist Mülheim kein Einzelfall, denn viele Zuwanderer zieht es verständlicherweise vornehmlich in die Städte zu bereits ansässigen Landsleuten o.ä. (sog. Schwarmbildung). In der Dortmunder Ausländerbehörde z.B. fehlt aktuell rund 15 % Personal. Bei einem Andrang von 600 bis 800 Menschen pro Tag kommt es zu stundenlangen Wartezeiten. Betroffene empfinden die Situation als "unmenschlich". **Die Stadt selber nennt die Situation besonders in der städtischen Asylstelle, "angespannt bis prekär".**

Ungewöhnlich viele Essener Jungen und Mädchen aus Jahrgang sechs werden am Schuljahres-Ende Gymnasium oder Realschule verlassen müssen. Die Zahl der Sechstklässler, die nach der zweijährigen Erprobungsstufe das Gymnasium verlassen müssen, ist in diesem Jahr in Essen besonders hoch. 176 Mädchen und Jungen, ca. **10%, der Sechstklässler, müssen vom Gymnasium auf eine Gesamt- oder Realschule wechseln.**

In Duisburg-Bruckhausen **stand die Polizei vor kurzem plötzlich 250 meist türkischstämmigen Menschen gegenüber** - wegen eines Knöllchens! Und in der Folge Vorwürfe gegen die Polizei und gegen OB Link, der solche Zusammenrottungen asozial nannte.

Mafia im Ruhrgebiet: Kriminelle Grauzone mit „Sklavenhalter-Zuständen“?

WAZ 2.7.17: "Organisiertes Verbrechen: Mafia versteckt sich im Ruhrgebiet"

Das Zollfahndungsamt Essen stellte Fahndungserfolge aus der jüngeren Vergangenheit vor. Unter anderem wurden Waffen, Rauschgift (Marihuana), Anabolika und Zigaretten sichergestellt. Das Ruhrgebiet ist zur kriminellen Grauzone geworden: Zollfahnder sprechen von "Sklavenhalter-Zuständen", wenn die Clans ihre Opfer ausbeuten.....

Ruhrgebiet - Stadt der Städte? Wird die Kirchtürmelei vermarktet?

Das größte Problem in NRW und damit Deutschlands ist die Krisenregion Ruhrgebiet mit über 5 Mio. Menschen. Eine Mitursache, warum es dort insgesamt auch in Boomjahren nicht wirklich vorwärts geht, ist die tiefsitzende Kirchtürmelei. Der Slogan der neuen Ruhrgebietskampagne lautet: "Stadt der Städte" von den Agenturen TAS (Essen) und Thjnk (Hamburg). Der Regionalverband Ruhr hofft, sich mit diesem Slogan nicht zu blamieren wie zuvor z.B. mit "Der Pott kocht" oder ähnlichem Unfug. Seltsam aber, dass er nicht neu ist. Für eine WAZ-Ruhrgebiets-Kampagne hatte ihn 1996 die Agentur Schirmer verwendet. Ob "Stadt der Städte" besser ankommt, ist ungewiss. Kirchtürmelei und Weltmetropole passt nicht ganz zusammen!



Auf den folgenden Seiten:

- Baustellen-Irrsinn auch beim Bahnhofsumbau? S. 2
 - Nicht noch mehr Ruhrbania! Hände weg vom Bereich zwischen Eisenbahn- und Nordbrücke! S. 2
 - Neuauflage des gescheiterten B-Plans Tinkrathstr. problematisch und städtebaulich grundverkehrt!.....S. 3
 - Gravierende ÖPNV- und Demokratiekrise a.d. Ruhrbania? S. 4
- Einlegeblatt:** Mülheim nun Spitzenreiter bei der Pro-Kopf-Verschuldung! Doch: Eigentlich bankrott RWE hilft "seinen" hoch verschuldeten Kommunen und gleichzeitig CDU/SPD im Wahlkampf

Baustellen-Irrsinn auch beim Bahnhofsumbau?

Anfang Juni reichten die MBI folgenden Punkt für den zuständigen Ausschuss ein:

MBI-Vorschlag für die Sitzung des WStM am 27.06.17

Umbau der Bahnsteige am Mülheimer Hauptbahnhof

Einrichtung eines Tagesordnungspunktes zum Stand der Arbeiten beim Umbau des Mülheimer Hbf. Die Verwaltung möge einen aktuellen Sachstandsbericht geben, nach Möglichkeit durch Hinzuziehung eines Mitarbeiters der DB AG ein, der für den Umbau der Bahnsteige am Mülheimer Hauptbahnhof zuständig ist. Begründung:

Seit Anfang April wird an den Bahnsteigen Gleis 2 & Gleis 5 nicht mehr gearbeitet.

Reisende der Linien RE 42 – S 1 – S 3 müssen bei Wind & Wetter weite Wege ohne Überdachung zurücklegen. Auf dem Bahnsteig kommt es daher immer zu Behinderungen, wenn gleichzeitig auf Gleis 1 & 2 Züge ankommen und nur eine Treppe & Aufzug zum Ausgang zur Verfügung stehen.

Außerdem ist zwischen Bahnsteigkante und Treppen nicht mehr als 2,5 Meter Platz.

G.-W. Scholl, MBI-Vertreter im Ausschuss

Am 20. Juni berichtete nun die lokale WAZ in ihrem Hauptartikel „*Mülheimer Hauptbahnhof bleibt vorerst eine Dauerbaustelle*“, u.a.:

„*Stellwerkbrand in Styrum verursacht bei der Neugestaltung des Hauptbahnhofes eine Verspätung von mehreren Jahren. Kunden müssen weite Wege gehen.*“ Und man bräuchte lange Sperrpausen, um arbeiten zu können, und, und.....

Man versteht das alles nicht, denn der Stellwerksbrand war vor 2 Jahren und wurde damals mit etlicher Dauer angeblich vollständig wieder instand gesetzt. Der Umbau des nicht gerade großen Mülheimer Bahnhofs wurde jahrelang geplant und angeblich sollte alles zügig gehen können. Und nun soll das jahrelang dauern. Man kann das alles nicht nachvollziehen, genausowenig wie die hundsmiserable Informationspolitik für Bahnkunden, Öffentlichkeit und Lokalpolitik.

Dabei haben wir in Mülheim bereits für den Autoverkehr eine irrsinnige Baustelleninflation an fast allen Zugängen zur Stadt: Zur Zeit nicht nur die unnötige Schließung von Schollen-/Ruhrstr., sondern auch noch den Kanalbau an Dickswall/Essener Str., die zum Glück nur noch Teilspernung der Schulstr., seit kurzem die Halbspernung der Eppinghofer Str. uswuf..

Die MBI wollten im Ausschuss bei ihrem Punkt nachbohren, was denn bei den Problemen beim Hbf-Umbau wirkliche Ursachen sind. Doch sie wurden getröstet auf Sept., weil angeblich niemand von der Bahn, der auch belastbare Auskünfte hätte geben können, Zeit gehabt hätte!

Hände weg vom Bereich zwischen Eisenbahn- und Nordbrücke!

Weil Mülheim sonst anscheinend keine Probleme hat, werden immer neue Pläne für die angeschlagene Innenstadt produziert. Weil kaum Eigentümer die Fördergelder des Hof- und Fassadenprogramms beantragten, soll nun die verschmutzte Fassade der Wohntürme am Forum davon bezahlt werden. Na denn!

Auf dem toten Rathausplatz soll die Kiosk-Ruine beseitigt werden und u.a. ein Bodenplastinat aus der Reihe "Mülheimer Bodenschätze" aufgestellt werden. Ob das ein Renner wird, ist nicht ganz gewiss.

Das mit Abstand Problematischste aber sind die neuesten Pläne für die Ruhrbania-Baufelder zwischen Eisenbahn- und Nordbrücke. Jetzt soll nicht nur das Gesundheitshaus plötzlich doch wieder verschwinden,

sondern auch noch das meiste Grün der inzwischen hoch gewachsenen Bäume und Büsche entlang der Ruhr und in dem Dreieck vor der Brücke.

Die MBI wiederholen ihre seit Jahren gestellten Forderungen:

Lasst aus finanziellen und ökologischen Gründen die Finger von dem Bereich und beendet endlich die unrealistischen Planungen, nun bereits in der mindestens 5. völlig geänderten Variante!

Die AOK bleibt sowieso und das Gesundheitshaus wie auch das ehemalige Arbeitsamt, in dem u.a. das KI sehr wichtige Arbeit macht, müssen bleiben.

Auch nach Jahren weisen die anderen Ruhrbania-Klötze noch deutlich Leerstand auf. Mit wenig Geld und ohne weiteres Abholzen und Abreißen intakter Gebäude könnte man den Bereich zwischen Bahn- und Nordbrücke attraktiver gestalten.



Wiederbelebung des zweimal gescheiterten Bauvorhabens Diepenbeck/Velauerstr./Tinkrathstr. wenig sinnvoll!

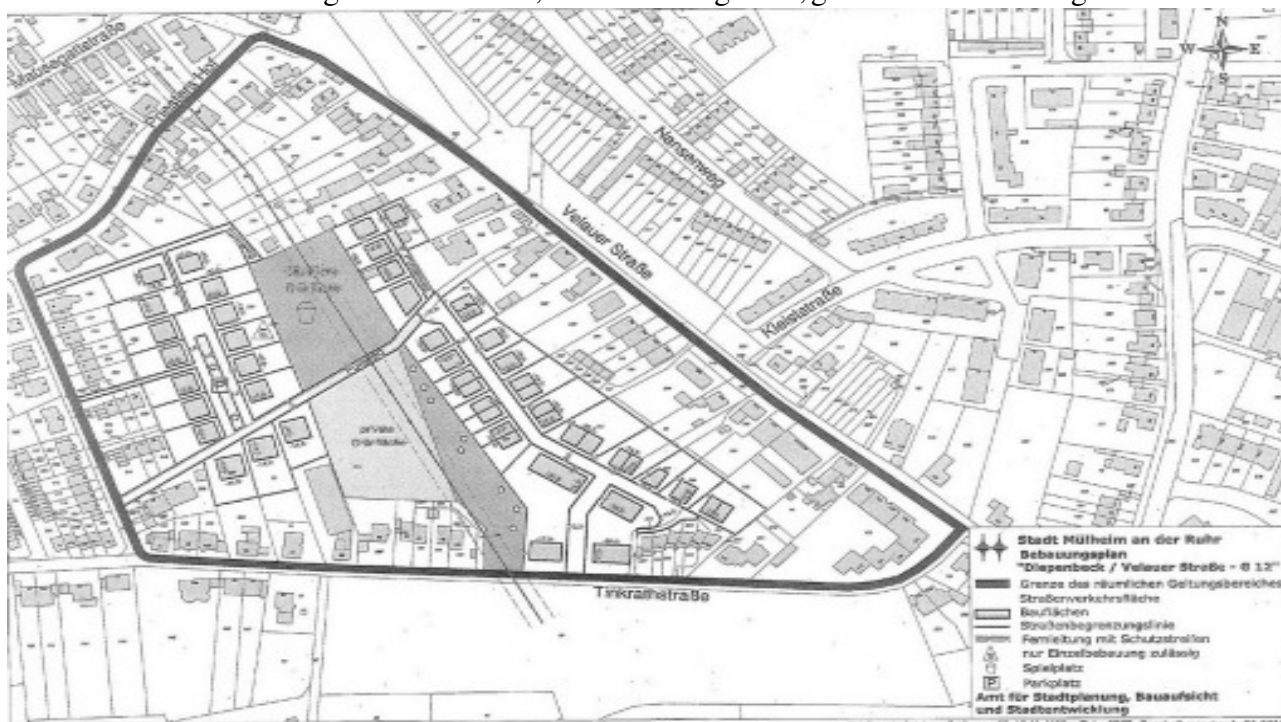
Zur BV 1-Sitzung am 30. Juni und zum Planungsausschuss am 4. Juli waren jedes Mal viele Anwohner der geplanten Bebauung G 12 – Diepenbeck/Tinkrath-/Velauerstr. gekommen. Einige durften auch ihre stichhaltigen Argumente vortragen. Dennoch stimmten SPD, CDU und FDP für die erneute Einleitung des bereits zweimal gescheiterten B-Plans! Bei der Fülle der Probleme sind 2 sicherlich kaum oder nur mit sehr hohen Kosten zu entschärfen, aber nicht wirklich lösbar: Zum einen die bereits heute schwierige Verkehrssituation, wenn im Bereich der überlasteten Velauerstr. und der engen Tinkrathstr. noch mindestens 60 Wohneinheiten hinzukämen, die alle mehr oder weniger aufs Auto angewiesen wären. Zum zweiten und noch gravierender das unlösbare Entwässerungsproblem und das auch noch im Anstrom des Überschwemmungsgebietes Rum-bachtal. Das Regenwasser auf den zusätzlich versiegelten Flächen dürfte definitiv nicht mehr in das bereits überlastete Kanalsystem und die Versickerungskapazität des dortigen Bodens ist sehr niedrig, ganz unabhängig davon, dass der heutige Acker wegen großer Bergbauschäden mit Beton verfüllt werden müsste.

Zur Erinnerung an die neuere Vorgeschichte:

Am 5. Juli 2016 fand ein erstes Treffen der Anwohner statt zu dem Bauvorhaben auf dem Gelände des ehemaligen Bebauungsplans G 12 "Diepenbeck/Velauerstr./Tinkrathstr.", der zu Beginn des letzten Jahrzehnts in Bearbeitung war, aber mit Bergbauschäden und komplizierter Entwässerung zu kämpfen hatte und nicht zuletzt am deutlichen Widerstand der meisten betroffenen Anwohner scheiterte. Der Auslegungsbeschluss wurde auch seinerzeit nicht mehr gefasst und schließlich gaben die Investoren Ende 2003 ihre Pläne ganz auf.

Im Frühjahr 2016 fanden dann erneut Probebohrungen bzgl. der Bergbauschäden statt. Laut Herrn Schulten-Baumer, dem wichtigsten Grundstückseigner und Bauwilligen, hätten diese ergeben, dass die Behebung der Schäden finanzierbar sei. Die MBI hatten daraufhin im Planungsausschuss Ende Juni 2016 die Anfrage eingebracht, wie genau es mit diesem Bauvorhaben weitergehen solle.

Die Verwaltung berichtete damals, die Investoren hätten vor, ca. 60 bis 80 Einfamilienhäuser dort zu bauen. Dafür müssten sie aber erst ein städtebauliches Konzept vorlegen, bei dem auch die schwierigen Aspekte Entwässerung und Verkehr berücksichtigt werden müssten, nicht nur die Kosten zur Beseitigung der Bergbauschäden, d.h. Verfüllung der Schächte mit Beton. Der 2003 gescheiterte B-Plan G 12 für das Gebiet würde aber nicht weitergeführt. Voraussichtlich im Herbst 2016 würde dann ein ganz neuer B-Plan eingeleitet. Dies sollte kein investorenbezogener B-Plan sein, sondern ein regulärer, ganz in städtischer Regie.



Die danach zweimal verschobene Einleitung dieses B-Plans wurde nun im Planungsausschuss am 4. Juli von CDU/FDP/ SPD beschlossen - gegen Sinn und Verstand.

Dieses Bauvorhaben mit geplanten "nur noch" 60 Wohneinheiten in Ein- und Zweifamilienhäusern ist hochgradig problematisch. Neben den großen Bergbauschäden werden weder die Verkehrs-, noch die Abwasserproblematik überhaupt noch lösbar sein. Städtebaulich ist es ohnehin völlig kontraproduktiv, weiter zusätzliche Wohnsiedlungen in den Außenbereichen wie hier zuzulassen!

ÖPNV- und Demokratiekrise a.d. Ruhrbania?



Am 27.6. war Mobilitätsausschuss der Stadt Mülheim. Da zentrale Weichenstellungen für den ÖPNV am 13. Juli im Rat gefasst werden müssen, hätte man erwarten können, dass im Ausschuss gründlich und fundiert vorberaten wird, um entsprechende Empfehlungen abstimmen zu können. Erst kurz vorher wurde die Beschlussvorlage zum Nahverkehrsplan (NVP) nebst Anlagen ins Netz gestellt, So blieb wenig Zeit für gründliches Studium inkl. Besprechung fraktionsintern und fraktions-

übergreifend.

Doch allzuviel gibt es auch nicht auf den 61 Seiten zu studieren. 51 Seiten befassten sich auf Anlage 1 mit den Variantenuntersuchungen für eine Straßenbahn nach Saarn, die bekanntlich vielleicht irgendwann noch umgesetzt werden könnte, wenn überhaupt. Das war bestimmt nicht billig zu haben von dem Aachen-Berliner Büro IVV, nur brennt diese Frage alles andere als auf den Nägeln. Also eher **teure Beschäftigungstherapie als willkommenes Ablenkungsmanöver!?**

Auch den 6 Seiten Synopse zum NVP von Anlage 2 konnte man nicht allzuviel entnehmen, außer dass die Mülheimer Verwaltung bis auf Kleinigkeiten bei "ihrem" bisherigen NVP bleiben will, auch wenn der noch so unausgegoren und teilweise nicht umsetzbar ist. Und die Politik soll das gefälligst abnicken, weil sie es muss wegen der anstehenden Direktvergabe.



Wenn das die Mölmsche Spielart der Demokratie ist, so wäre es einfacher und billiger, die Verwaltungsvorgaben per Umlaufbeschluss oder Ted-Abfrage bei den Fraktionen zu bestätigen.

Was um Himmels Willen sollen Anträge oder Beiträge in Arbeitskreisen bzw. Ausschüssen oder Bürgerversammlungen o.ä., wenn nahezu alles ohnehin nur im Papierkorb landet? Und der gesamte sehr teure und ebenso ineffektive öffentliche Nahverkehr in Mülheim und drumherum dreht sich weiter im Kreise mit immer neuen Gutachten und bleibt perspektivlos, während der Sanierungsstau wächst und wächst, gleichzeitig der sehr wichtige städteübergreifende ÖPNV immer und immer wieder von den Einzelinteressen jedes einzelnen Kirchturms verschlechtert oder blockiert wird.

Dazu passt, dass der Punkt der anstehenden Fusion von MVG und EVAG ab 1. Sept. auf der Tagesordnung des zuständigen und am meisten betroffenen Mobilitätsausschusses gar nicht erst auftauchte. Da soll der Rat am 13. Juli brav abnicken, damit am 14. Juli die Verträge unterschrieben werden können. Als Alibi wurde noch eine interfraktionelle Arbeitsgruppe einberufen. Da war dann vor dem Mobilitätsausschuss einfach kein Termin zu finden. OB Scholten findet den Arbeitskreis besonders wichtig, wie der WAZ zu entnehmen war. Man kann das auch anders sehen, wenn man evtl. ein klein wenig ein anderes Demokratieverständnis hat.

Fazit: Man kann nur hoffen, dass die neue Landesregierung den zentralen Punkt ÖPNV im Ruhrgebiet als wesentlichen Standortfaktor völlig anders behandeln wird als die Vorgängerregierung inkl. der sog. Bezirksregierung (RP) als der ausführenden und beauftragten Mittelbehörde. Zu der notwendigerweise viel aktiveren Rolle der Düsseldorfer Ministerien bei dem überfälligen Prozess einer ÖPNV-Vereinheitlichung im Ruhrgebiet haben die MBI seit vielen Jahren die Forderungen gestellt. Inzwischen drängen Zeit und Finanzen, endlich anders herangehen zu müssen! Man wird sehen.

Auch unabhängig von der Mega-Problematik ÖPNV im Ruhrgebiet knirscht es gehörig im Getriebe der Mülheimer Demokratie. Dauernd werden Sitzungen von Ausschüssen abgesagt (zuletzt z.B. der Sozial- der Sport- und der Gleichstellungsausschuss), dafür kurzfristig Sondersitzungen angesetzt und häufig, wenn doch Sitzungen stattfinden, wird wegen Beratungsbedarfs - egal ob real oder als Ausrede - verschoben.

Vielfach wissen die meisten gewählten "Volksvertreter/innen" nicht, was Stand der Dinge in wichtigsten Angelegenheiten ist. Die Verwaltung macht einfach, bestellt immer neue Gutachter o.ä., richtet immer neue Stellen ein, verkündet über die meist willfährige WAZ als Sprachrohr wichtige Entscheidungen vorab.

Immer mehr aus der Mülheimer Alltagsdemokratie hat nur noch Alibifunktion, weil längst vorentschieden, so dass manche Sitzungen teilweise an intellektuelle Beleidigung grenzen.

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

**Mülheim nun Spitzenreiter bei der Pro-Kopf-Verschuldung!
Welche Überraschung, muss man zynisch fragen/ feststellen!**



Es ist "geschafft": Mülheim hat auch das bankrotte Oberhausen in der Pro-Kopf-Verschuldung überholt!

Anstatt Heulen und Zähneknirschen kann Mülheim nun einen griechischen Finanzberater zu Rate ziehen, der weiß wahrscheinlich besser, wie Schuldenmanagement bei Totalpleite geht, oder?

Wie die einsamen Rufer in der Wüste haben die MBI Jahr für Jahr gewarnt und vorge-rechnet, dass der seit 2004 jedes Jahr mit gleichem Gewand und ähnlichen Bilanztricksereien eingeschlagene Weg der Stadt Mülheim ins finanzielle Nirwana füh-ren musste trotz niedriger Arbeitslosigkeit und robuster Wirtschaft wie fast nirgends sonst im Revier. Nichts konnte die Mehrheit der lokalen Politik und Verwaltung erschüttern oder zum Nachdenken bringen, die sog. Finanzaufsicht des RP anscheinend noch weniger, die wollte mit den MBI nicht einmal sprechen und verkündete ansonsten nur allgemeine Floskeln, genehmigte aber bei Mülheim so gut wie alles, selbst wenn es gegen geltende Erlasse, Gesetze o.ä. verstieß. Auch die Lokalmedien nahmen die vielen deutlich erkennbaren Menetekel nicht wirklich ernst und behandelten die MBI stiefmütterlich, verstümmelten ihre Aussagen, sofern sie überhaupt etwas von den MBI erwähnenswert fanden.

Auch die seit 2013 offen gewordene, massive sogar bilanzielle Überschuldung im Galopptempo war kaum der Rede wert, weder dem inzwischen hochgehieften ex-Kämmerer, alias "Bonanopulos" (Zitat: "Ist alles nur auf dem Papier"), noch den lokalen Parteien oder der Landespolitik (Frau Kraft schon überhaupt nicht!) inkl. RP-"Aufsicht".

Auch als die Bertelsmann-Stiftung bereits vor 2 Jahren fest-stellte, dass Mülheim im letzten Jahrzehnt das mit Abstand höchste Verschuldungstempo aller deutschen Großstädte habe, nahm niemand angeblich Wichtiges das ernst. Hauptsache, man konnte weiterwurschteln wie bisher.

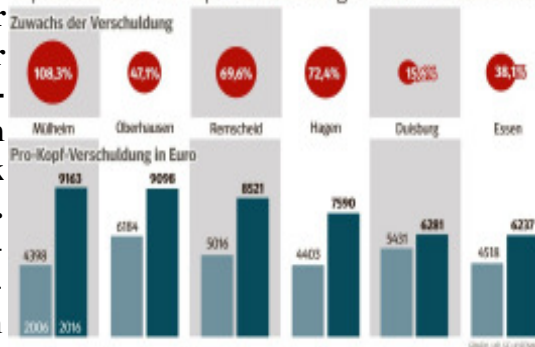
Und nun? Man fordert wie seit langem Schuldenschnitt und Stärkungspakt uswusf.. Vor Ort wird aber wei-tergemacht wie seit über 10 Jahren. Doch:

Sollte Mülheim die versprochenen jährlich 34 Mio. € Stärkungspakt des Landes trotz nicht genehmigtem Haushalt bekommen, würde trotzdem die bilanzielle Überschuldung weiter hochschnellen und nach 4 Jahren Stärkungspakt bereits bei ca. 600 Mio. € liegen. Wie gesagt nur die bilanzielle Überschuldung, nicht der reguläre Schuldenberg von inzwischen mindestens 1,7 Milliarden € oder mehr!

Übrigens: Auch regionale und überregionale Medien waren bisher nicht interessiert an dem finanziellen Desasterkurs von Mülheim/Ruhr. Sie verbreiteten lieber weiterhin die Mär von der reichen Stadt Mülheim mitten in der Krisenregion Ruhr. Mehrfach hatten die MBI es versucht, doch anscheinend sahen sie die MBI-Informationen als bloße Cassandra-Rufe an, wo doch die Heimatstadt von Frau Kraft, Frau Steffens, Herrn Hombach, Herrn Müller, Herrn Großmann, Aldi-Süd, Tengelmann u.v.v.v.m. bis hin zu Helge Schneider und Roberto Ciulli nur eine Art Leuchtturm in der Halbwüste von Duisburg, Oberhausen bis Datteln oder Waltrop schien.

Doch die "Rettung" nahte bereits kurz später! siehe Rückseite

Top Sechs: Die Pro-Kopf Verschuldung in NRW-Großstädten



Eigentlich bankrottetes RWE hilft "seinen" hoch verschuldeten Kommunen und CDU/SPD als Wahlkampfhilfe

Der große Deal zur Rettung von RWE&Co und das Danaer-Geschenk des RWE für Energiewende und Stromkunden sowie Steuerzahler



Vor kurzem noch war der Atom-Konzern RWE mit über 30 Milliarden in den Miesen aufgrund von gigantischen Fehlinvestitionen aus der Großmann-Ära und einem abhanden gekommenen Geschäftsmodell. Und mit der Atommüllentsorgung hatten RWE&Co noch das allergrößte unkalkulierbare Riesenproblem am Bein. Dafür hatten die Konzerne über Jahrzehnte zwar Milliarden in 3stelliger Höhe von den Stromkunden als Rücklage kassiert, doch waren diese Gelder als Dividenden mit ausgeschüttet worden! In dieser hoffnungslosen Lage sprang der „befreundete“ (besser verbandelte) deutsche Staat, vorneweg die SPD mit Gabriel&Kraft, aber auch wichtige Teile der CDU, vor allem

aus NRW, mit verschiedenen Hilfsprogrammen zur Seite. Als größter Brocken im Stil einer Bananenrepublik geschah nun im Frühjahr folgendes: Das für normale Menschen völlig unverständliche Karlsruher Urteil zur Brennelementesteuer muss in direktem Zusammenhang mit der kurz vorher vereinbarten gesetzlichen Regelung zu den Folgekosten der Atomenergie bewertet werden, womit den 4 AKW-Betreibern ermöglicht wurde, sich mit einer Art Judaslohn von jeglicher Haftung für die strahlenden Abfälle freizukaufen.

Für Stromkunden und vor allem Steuerzahler war es verheerend, den Stromkonzernen zu gestatten, sich mit einer Einmal-Zahlung von der Haftung für die Atommüll-Lagerung zu befreien und gleichzeitig auf der Rücknahme aller Klagen zu verzichten, obwohl ursprünglich vorgesehen. Jetzt bekommen Eon, RWE und Co. von den erbärmlich niedrigen 24 Milliarden, die sie an den Staat für das „Atommüll-Geschenk“ zahlen, auf einen Schlag über sechs Milliarden zurück. Dabei ist die Höhe der Zahlung in den Atommüll-Fonds nicht an tatsächlichen Kosten, sondern an der im letzten Jahr angenommenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Konzerne orientiert. Damit war klar, dass die AKW-Betreiber da ein unverschämt gutes Geschäft auf Kosten der Allgemeinheit gemacht haben.



Als weiterer Fehler erweist sich, dass keine Nachschusspflicht für die Atommüll-Verursacher ins Gesetz über die Atom-Folgekosten geschrieben wurde. Denn dann könnte der Staat jetzt die Milliarden, die er für die Brennelementesteuer zurückzahlen muss, wieder einsammeln – als zusätzliche Zahlung in den Fonds. Auch das war wohl nicht gewollt beim großen Rettungsakt für eigentlich nur noch bedingt marktaugliche Firmen. Und die bedanken sich auf ihre Art, allen vorneweg das RWE, indem das Zusatzgeschenk der Steuerrückzahlung an die Aktionäre weitergegeben wird, nicht z.B. an die Stromkunden oder einfach zur Schuldentilgung genommen wird. Und dabei geht es auch um Wahlkampfunterstützung. Das größte Risiko für die mit vielen Pöstchen und Sitzen beim RWE verbundenen Volksparteien SPD und CDU sind die Wähler im größten Ballungsraum, dem Ruhrgebiet mit seinen über 5 Mio. Menschen und den hoch verschuldeten Teilstädten. An allererster Stelle ist da **Mülheim/Ruhr**, das bekanntlich relativ zur Einwohnerzahl mit Abstand die meisten RWE-Aktien hält. Die „Stadtmutter“ RWE gibt nun 10 Mio. € aus der Staatskasse an ihre treue Tochter weiter. Und wie der Zufall es will, nimmt das den enormen Spardruck von der eigentlich privilegierten Ruhrstadt (niedrige Arbeitslosigkeit und robuste Wirtschaft), die dennoch NRW-Spitzenreiter bei der Pro-Kopf-Verschuldung ist. Um an die zugesagten jährlich 34 Mio. € Stärkungspakt zu bekommen, muss der laufende Haushalt 2017 noch genehmigt werden, wozu noch ca. 9 Mio. Einsparungen zumindest angedeutet werden müssen. Dafür u.a. liegt seit vielen Monaten ein GPA-Katalog vor, den aber in den Mülheimer Gremien bisher alle meiden wie eine heiße Kartoffel. Und nun mit dem warmen RWE-Regen braucht man vor den Bundestagswahlen einige schmerzhaft oder gar kontraproduktive Alibi-Sparmassnahmen nicht mehr anzupacken.

Und so können dann viele im Ruhrgebiet,beruhigt“ wieder SPD oder CDU wählen, oder?

P.S.: Auch wenn das RWE sich vom Atommüllrisiko billig freikaufen konnte, nun für unrentable und selbst stillgelegte Braunkohlemeiler kräftig kassiert, die deutliche Erhöhung des Netzentgelte jedes Stromnutzers dem Konzern weitere Mehreinnahmen beschert, auch wenn ist der Konzern noch lange nicht wirklich gerettet, sondern immer noch hoch verschuldet und mit einem nicht wirklich zukunftsfähigen Geschäftsmodell.